

FLÄCHENDECKEND GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

Eine politische Illusion?

Einleitung

Jeder Mensch in Bayern – ob in der Stadt oder auf dem Land – soll die gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben. Dazu gehören unter anderem gute Arbeit, hochwertige Bildung, eine verlässliche Gesundheitsversorgung, Mobilität und soziale Teilhabe. Doch die Realität sieht zunehmend anders aus: Die Landkreise in Bayern geraten immer stärker unter Druck. Finanzielle Engpässe, strukturelle Probleme und der demografische Wandel stellen die Kommunen vor enorme Herausforderungen.

Besonders die finanzielle Lage spitzt sich dramatisch zu: 2024 verzeichneten die bayerischen Kommunen ein Rekorddefizit von 5,4 Milliarden Euro. Die Ausgaben steigen rasant – insbesondere im sozialen Bereich – während die Einnahmen nicht mithalten können. 85 % der Landkreise (61 von 71) sahen sich 2025 gezwungen, die Kreisumlage zu erhöhen. Hinzu kommt eine strukturelle Schieflage im Finanzsystem: Obwohl die Kommunen rund ein Viertel aller öffentlichen Ausgaben tragen, erhalten sie lediglich 14 % der Steuereinnahmen.

Zentrale Herausforderungen der Landkreise

Finanzielle Überlastung

Ein zentrales Problem ist die finanzielle Schieflage vieler Kommunen. Immer mehr Aufgaben werden zentral beschlossen, aber lokal bezahlt. Der Bund beschließt Sozialleistungen oder überträgt neue Standards – die Finanzierung bleibt jedoch häufig aus. Ein deutliches Beispiel sind die explosionsartig gestiegenen Kosten in der Kinder- und Jugendhilfe. Diese Entwicklung führt zu einer massiven Überforderung der Landratsämter und zu wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Bürokratie und Regulierungswut

Zudem werden die Kommunen durch übermäßige Bürokratie und Detailregelungen ausgebremst. Aufgaben und Standards müssen dringend auf den Prüfstand. Die Landkreise müssen sich wieder stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können – insbesondere im Sozialbereich. Dort wären mehr Pauschalierungen und weniger Individualansprüche notwendig, um den hohen bürokratischen Aufwand für alle Beteiligten zu reduzieren. Der Bayerische Landkreistag hat bereits zahlreiche Vorschläge zum Bürokratieabbau gemacht.

Fachkräftemangel und Überlastung der Verwaltungen

Gleichzeitig verstärkt der anhaltende Fachkräftemangel die Probleme vor Ort. Bundes- und Landesgesetze bringen stetig neue Aufgaben mit sich, doch das Personal wächst nicht im gleichen Maß. Geeignete Fachkräfte sind schwer zu finden und viele Verwaltungen arbeiten bereits an ihrer Belastungsgrenze. Diese Situation gefährdet langfristig die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene.

Migration und Integration

Auch im Bereich Migration und Integration stehen die Landkreise vor erheblichen Herausforderungen. Viele Asylbewerber verbleiben über lange Zeit in Gemeinschaftsunterkünften, da sie keine Wohnungen finden. Daraus ergeben sich Folgeprobleme: Es fehlen Sprachkurse, Ärztinnen und Ärzte sowie ausreichend Schulplätze. In vielen Regionen sind die Unterkünfte nach wie vor überfüllt und die Belastung der Verwaltung wie auch der sozialen Infrastruktur wächst weiter.

Trotz dieser widrigen Rahmenbedingungen zeigen die Landkreise in Bayern täglich, welche enorme Verantwortung und Gestaltungskraft in der kommunalen Ebene steckt. Sie investieren in Schulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, sie treiben den Ausbau digitaler Infrastruktur und moderner Mobilitätsangebote voran – oft trotz knapper Kassen. Zudem bewältigen sie Krisen wie die Unterbringung Geflüchteter, die Energiekrise oder die Folgen der Corona-Pandemie mit großem Engagement. Ein besonderes Merkmal ist die enge Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt und der regionalen Wirtschaft, die das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts bildet.

Bayerns Landkreise leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für das Funktionieren unseres Gemeinwesens. Damit sie diese Aufgabe auch künftig erfüllen können, brauchen sie faire finanzielle Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und verlässliche Unterstützung von Bund und Land – denn nur so können gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Bayerns Wirklichkeit bleiben.

Was leisten die Landkreise bereits vor Ort

**Investitionen in
Schulen,
Krankenhäuser,
Altenpflege und
soziale Leistungen**

**Ausbau des ÖPNV und
von digitaler
Infrastruktur, passende
Mobilitätsangebote
trotz knapper Kassen**

**Krisenbewältigung
z. B. Unterbringung
Geflüchteter,
Bewältigung der
Energiekrise**

**Enge
Zusammenarbeit mit
Ehrenamt und
regionaler Wirtschaft**

Forderungen an den Freistaat Bayern und den Bund

Finanzwende

Der Grundsatz „**Wer anschafft, muss auch bezahlen**“ muss endlich konsequent umgesetzt werden. Nur so lässt sich die strukturelle Schieflage der Kommunalfinanzen beseitigen – denn derzeit tragen die Kommunen rund **25 % der öffentlichen Ausgaben**, erhalten aber lediglich **14 % der Steuereinnahmen**. Gleichzeitig gilt es, **Sozialleistungen und Standards sachlich und differenziert zu überprüfen**: Brauchen wir wirklich alles – und in dieser Form? Um handlungsfähige Kommunen zu sichern, sollte das **100-Milliarden-Sondervermögen des Bundes zu mindestens 70 % für kommunale Investitionen** eingesetzt und **unbürokratisch bereitgestellt** werden.

Förderwirrwarr beenden

Die Vielzahl an kommunalen Förderprogrammen ist längst unüberschaubar geworden. **Allein in Bayern existieren über 150 verschiedene Programme**, deren Verwaltung enorme Bürokratiekosten verursacht und die Kommunen zunehmend überfordert. Anstatt immer neue Fördertöpfe aufzulegen, sollten **Programme vereinfacht, zusammengelegt und insgesamt deutlich reduziert** werden. Statt kleinteiliger Förderverfahren braucht es **mehr pauschale Mittel**, etwa durch **höhere Schlüsselzuweisungen**. So können Kommunen eigenverantwortlich handeln, Bürokratie abbauen und die finanziellen Mittel dort einsetzen, wo sie vor Ort am dringendsten benötigt werden.

Strukturreform: Fair und gleichberechtigt, statt ausgeliefert

Kommunen dürfen nicht zum Erfüllungsgehilfen von Bund und Land ohne ausreichende Gegenleistung verkommen. Sie brauchen echte Entscheidungsspielräume und eine faire finanzielle Ausstattung, um ihre Aufgaben wirksam erfüllen zu können. Deshalb ist es notwendig, einen „**Zukunftspakt Bund, Länder, Kommunen**“ zügig auf den Weg zu bringen. Dieser muss klare Zuständigkeiten, verlässliche Finanzierungsstrukturen und einen gerechten Ausgleich zwischen den staatlichen Ebenen schaffen – damit Kommunen wieder gestalten können, statt nur auszuführen.

Bedarfsorientierte, wohnortnahe, zukunftsfähige Gesundheitsversorgung

Die **kommunalen Klinikträger** brauchen endlich **zwei verlässliche Partner: Bund und Freistaat**. Über Jahre hinweg wurden die steigenden **Betriebskosten** der Krankenhäuser nicht ausreichend kompensiert – mit gravierenden Folgen: Viele Kliniken stehen heute vor **akuten Liquiditätsproblemen**, die nur durch kommunale Zuschüsse abgefangen werden können – zulasten anderer wichtiger Aufgaben vor Ort.

Die im Koalitionsvertrag angekündigte **Soforthilfe** muss jetzt als **Brücke zur umfassenden Krankenhausreform** dienen. Gleichzeitig ist auch der **Freistaat Bayern** gefordert, seiner Verantwortung gerecht zu werden und eine **bayernweite, bedarfsgerechte Krankenhausplanung** sicherzustellen.

Der **Bayerische Landkreistag** fordert daher eine **Gesundheitsversorgung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert** und die **vor Ort notwendige Ausgestaltung** ermöglicht – für eine verlässliche, wohnortnahe und zukunftsfähige Krankenhausversorgung.

ÖPNV am Limit - Verlässliche Mittel, statt leere Versprechen

Der öffentliche Personennahverkehr steht vor einer **kritischen finanziellen Lage**: Ohne zusätzliche Mittel ist das bestehende **ÖPNV-Angebot vielerorts nicht mehr finanzierbar**. Das **Deutschlandticket** allein löst das Problem nicht – **es nützt nichts, wenn keine Busse mehr fahren**.

Deshalb fordert der **Bayerische Landkreistag**:

- eine **Anhebung der Mittel auf das reale Kostenniveau**,
- eine **Dynamisierung der Mittel**, um steigende Ausgaben dauerhaft auszugleichen, und
- **keine kommunale Beteiligung am Defizit des Deutschlandtickets**.

Nur mit einer verlässlichen und auskömmlichen Finanzierung kann der ÖPNV als Rückgrat der regionalen Mobilität erhalten und ausgebaut werden.

Ohne starke Wirtschaft keine gleichwertigen Lebensverhältnisse

„Die Unternehmen sind wund gelegen“ (Tanja Gönner, BDI)

Unternehmen brauchen Freiheit und Fachkräfte

- Statt Bürokratiebremsen - mehr Energie für Wirtschaftswachstum
- Günstige Energie
- Schnelles Internet und gute Verkehrsanbindung
- Starke (Berufs-)Schulen
- Lebensqualität für Mitarbeiter und Angehörige

Menschen bleiben da, wo das Leben Qualität hat

- Hochwertige Gesundheitsversorgung
- Gute Schulen, schnelles Internet
- ÖPNV, Nähe zu Pflegeeinrichtungen
- Günstige regionale Energie, regionale Lebensmittel
- Nur mit solchen Voraussetzungen bleiben Familien, kommen Fachkräfte – lebt die Region.

Fazit

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern sind kein Selbstläufer. Ohne strukturelle Reformen, aufgabengerechte Finanzierung und spürbaren Bürokratieabbau geraten unsere Landkreise an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit. Jetzt ist die Zeit für echte Entscheidungen, nicht für weitere Prüfaufträge.